

**Antrag 29/I/2025****Ortsverein Babelsberg, Arbeitsgemeinschaft 60+, UB  
Potsdam****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat**

1 Die SPD in Brandenburg ist aufgefordert, vor Ab-  
2 stimmungen des Bundesrates über Fragen von  
3 grundsätzlicher Bedeutung, die innerhalb der  
4 SPD/BSW-Landesregierung strittig sind, rechtzeitig  
5 eine für die SPD akzeptable Lösung anzustreben.  
6 Im Falle einer unausweichlichen Stimmenthaltung  
7 im Bundesrat sind künftig, stärker als bisher, die  
8 Gründe hierfür vor allem politisch-inhaltlich und  
9 weniger verfahrenstechnisch zu erläutern, um die  
10 SPD-Position in solchen Fragen in der Öffentlichkeit  
11 deutlicher zu machen.

12

**13 Begründung**

14 Das Abstimmungsverhalten Brandenburgs im Bun-  
15 desrat, konkret die Enthaltung der Landesregie-  
16 rung bei Themen von grundsätzlicher Bedeutung  
17 wie der Absicherung des Bundesverfassungsge-  
18 richts gegen extremistische Bestrebungen, dem Ab-  
19 kommen mit dem NATO- und EU-Partner Litauen  
20 im Verteidigungsbereich, der Resolution zum rus-  
21 sischen Angriffskrieg in der Ukraine und zuletzt  
22 bei der Entscheidung über das Sondervermögen  
23 (Schuldenbremse, Infrastruktur) gibt seit Bildung  
24 der SPD/BSW-Koalition wiederholt Anlass zu Fragen  
25 und Kritik.

26 Dadurch werden sowohl in die Partei wie auch in die  
27 Öffentlichkeit hinein missverständliche Signale zur  
28 SPD-Position in Fragen der Verteidigung der Demo-  
29 kratie, der Bündnistreue oder der Rechtsstaatlich-  
30 keit ausgesendet. Die Erklärungsmuster der Landes-  
31 regierung, die auf entsprechende Verfahren im Ko-  
32 alitionsvertrag abheben („Wir sind uns einig, dass  
33 wir uns nicht einig sind.“), können in solchen Fäl-  
34 len nicht überzeugen. Hier sind die Partei- und  
35 Fraktionsführung aufgefordert, deutlicher als bisher  
36 politisch-inhaltlich Stellung zu beziehen.

37 Dies betrifft die Stärkung des demokratischen  
38 Rechtsstaates und seiner Institutionen wie auch  
39 der Zivilgesellschaft, außerdem die Solidarität  
40 mit den europäischen Partnerländern angesichts  
41 wachsender internationaler Bedrohungen. Es darf  
42 kein Zweifel daran gelassen werden, dass die SPD

43 Brandenburg den russischen Angriffskrieg gegen  
44 die Ukraine als eklatanten Verstoß gegen das  
45 Völkerrecht scharf verurteilt und auch aus sicher-  
46 heitspolitischen Erwägungen weiterhin an der Seite  
47 der Ukrainerinnen und Ukrainer steht.  
48